

NACHBARSCHAFTEN DES WILLKOMMENS

Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren

KURZZUSAMMENFASSUNG & HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

AUTOR_INNEN: Kurzzusammenfassung / Summary of key findings:
Nihad El-Kayed, Leoni J. Keskinliç, Sebastian Juhnke, Ulrike Hamann

Handlungsempfehlungen:

Gemeinsam erarbeitet von: Ausländerrat Dresden e. V., dock europe e. V.,
Kotti-Coop e. V. und Sozialamt Stuttgart,
unter Mitarbeit von Nihad El-Kayed, Leoni J. Keskinliç, Sebastian Juhnke,
Yağmur Dalga und Lisa Götz

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Impressum:

Die Kurzzusammenfassung ist Teil des Forschungsberichts:

El-Kayed, Nihad / Keskinliç, Leoni J. / Juhnke, Sebastian / Hamann, Ulrike (2021):

Nachbarschaften des Willkommens: Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren – Forschungsbericht. Unter Mitarbeit von Yağmur Dalga, Camille Ionescu und Lisa Götz. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin.

Gesamter Forschungsbericht „Nachbarschaften des Willkommens“ unter: <https://doi.org/10.18452/22850>

Die Handlungsempfehlungen zum Forschungsprojekt wurden gemeinsam von den Praxispartner_innen des Projekts erarbeitet: Ausländerrat Dresden e. V., dock europe e. V., KottiCoop e. V. und Sozialamt Stuttgart, unter Mitarbeit von Nihad El-Kayed, Leoni J. Keskinliç, Sebastian Juhnke, Yağmur Dalga und Lisa Götz.

Das vorliegende Projekt wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert, Förderkennzeichen: 01UG1739X.

Herausgeber: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin (BIM)

Humboldt-Universität zu Berlin

Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)

Unter den Linden 6

10099 Berlin

Lektorat: Helen Bauerfeind – www.lektorat-bauerfeind.de

Layout und Satz: Katharina Hauke

Kontakt:

Humboldt-Universität zu Berlin

www.hu-berlin.de

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)

www.bim.hu-berlin.de

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse	1
Aushandlungsprozesse um die lokale Aufnahme von Geflüchteten	2
Das Verhältnis zwischen individuellen Einstellungen und öffentlichen Aushandlungsprozessen	2
Ressourcenzugang und soziales Zusammenleben aus der Perspektive von Geflüchteten	3
Zugangschancen Geflüchteter zu lokalem Wohnraum	4
Vier Herausforderungen	5
Summary of key findings	6
Negotiation processes at the political, civil society, and everyday level around the local reception of refugees	7
The relationship between individual attitudes and public negotiation processes	7
Access to resources and social cohabitation from the perspective of refugees	8
Refugees' access opportunities to local housing	9
Four challenges	9
Handlungsempfehlungen	10
1 Politisch-institutionelle Aushandlungsprozesse inklusiv gestalten	11
1.1 Problemdefinition auf Grundlage der Ergebnisse	11
1.2 Empfehlungen und Handlungsbedarfe	11
1.3 Mögliche Maßnahmen und Good-Practice-Beispiele	11
2 Schutz vor Diskriminierung im Wohnumfeld und in den Institutionen	13
2.1 Problemdefinition auf Grundlage der Ergebnisse	13
2.2 Empfehlungen und Handlungsbedarfe	13
2.3 Mögliche Maßnahmen und Good-Practice-Beispiele	13
3 Lokale soziale und zivilgesellschaftliche Infrastrukturlandschaft stärken, öffnen und vernetzen	15
3.1 Problemdefinition auf Grundlage der Ergebnisse	15
3.2 Empfehlungen und Handlungsbedarfe	16
3.3 Mögliche Maßnahmen und Good-Practice-Beispiele	16
4 Wohnungsmarktöffnung	18
4.1 Problemdefinition auf Grundlage der Ergebnisse	18
4.2 Empfehlungen und Handlungsbedarfe	19
4.3 Mögliche Maßnahmen und Good-Practice-Beispiele	19
Literaturverzeichnis / References	21

ZUSAMMENFASSUNG ZENTRALER ERGEBNISSE

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über den Ergebnisstand des Projekts „Nachbarschaften des Willkommens“, das zwischen 2017 und 2021 die Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in Nachbarschaften mit zunehmender Diversität durch Fluchtmigration erforscht hat. Dabei gingen wir der Frage nach, wo Vorstellungen und Praktiken des sozialen Zusammenhalts vorherrschen, die auch neue Bewohner_innen und Nutzer_innen mit Fluchthintergrund inkludieren, und wo dies nicht der Fall ist. In diesem Kontext fragten wir insbesondere danach, wo Geflüchtete, die im Quartier wohnen oder es nutzen, Zugänge zu zentralen Ressourcen wie Wohnraum, Unterstützung, Teilhabe und Mitbestimmung erhalten und wie diese Zugänge lokal ausgehandelt, entschieden und gelebt werden.

Die untersuchten Nachbarschaften weisen unterschiedliche sozioökonomische Zusammensetzungen sowie unterschiedlich ausgeprägte Migrationsgeschichten auf. Auf der Grundlage bisheriger Forschung wurde davon ausgegangen, dass der sozioökonomische Status und die bisherige Migrationserfahrung des Quartiers wesentliche Einflussfaktoren für Reaktionen auf neue, migrationsbezogene Diversität sein können (Pettigrew 1998; Heitmeyer 2011). Um beide Einflussfaktoren aufeinander bezogen untersuchen zu können, wählten wir Nachbarschaften aus, die sich systematisch in der Ausprägung ihrer Migrationsgeschichte sowie im sozioökonomischen Status ihrer Bevölkerung unterscheiden. Berlin-Kreuzberg ist ein Quartier mit einer reichen Migrationserfahrung und vergleichsweise starker sozialer Deprivationserfahrung. Stuttgart-Untertürkheim besitzt eine ähnlich ausgeprägte Migrationserfahrung wie Kreuzberg, die Bevölkerung dort hat jedoch im Schnitt einen höheren sozioökonomischen Status. Hamburg-Eppendorf teilt mit Untertürkheim den im Nachbarschaftsvergleich hohen sozialen Status der Bevölkerung, dort wohnt jedoch nur ein geringer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Dresden-Gorbitz ist bisher ebenfalls durch eine geringe Migrationserfahrung geprägt, teilt mit Kreuzberg jedoch die sozialen Deprivations- und Armutserfahrungen in der Bevölkerung.

In den vier Nachbarschaften wurde der Frage nach der lokalen Aufnahme von Geflüchteten jeweils aus unterschiedlichen Perspektiven in drei Forschungsphasen nachgegangen:

- Forschungsphase 1: In den Nachbarschaften wurden qualitative Interviews mit zentralen Akteur_innen (aus den Bereichen Sozialarbeit, Zivilgesellschaft, Bildung, Kultur, Sport, Polizei, Stadtpolitik und Stadtverwaltung) durchgeführt, wobei dominante Narrative über die Nachbarschaften sowie lokale Aushandlungen um die Aufnahme von Geflüchteten in den Blick genommen wurden.
- Forschungsphase 2: Darauf aufbauend erfolgte eine standardisierte Befragung der etablierten Wohnbevölkerung hinsichtlich der Einstellungen zu Geflüchteten, der zivilgesellschaftlichen Unterstützung Geflüchteter sowie der sozialen Begegnungen und Kontakte in der Nachbarschaft.
- Forschungsphase 3: Mithilfe qualitativer Leitfadeninterviews wurden Geflüchtete, die um 2015 nach Deutschland gekommen sind und in den Quartieren wohnen oder sie nutzen, zu ihren Perspektiven, Erfahrungen und Zugängen zu verschiedenen Ressourcen in der Nachbarschaft befragt.

Neben dem wissenschaftlichen Interesse bestand ein zentrales Anliegen des Projekts darin, die gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis zu übertragen: Was können Verwaltung, Sozialarbeit und Zivilgesellschaft vor Ort dazu beitragen, Verständnisse und Praxen des lokalen Zusammenhalts herzustellen, die Geflüchteten Zugang zu Rechten, Ressourcen und Teilhabe bieten? Wie kann lokalen Schließungsprozessen im Alltag und in der institutionell-politischen Aushandlung begegnet werden?

Die Praxisbezüge des Projekts wurden in Zusammenarbeit mit lokalen Praxispartnern herausgearbeitet, die das Projekt während der kompletten Laufzeit begleiteten und unterstützten: In Berlin-Kreuzberg war unser Praxispartner der lokal verankerte Verein Kotti-Coop e.V., der als Teil der Mieter_inneninitiative Kotti & Co seit 2011 den Zusammenhang zwischen der Krise des sozialen Wohnungsbaus sowie Armut und Migration thematisiert (Hamann/Kaltenborn/Kotti&Co. 2015; Scheer 2016). In Hamburg begleitete uns der Verein für interkulturelle Bildung dock europe e.V., der in mehreren Hamburger Nachbarschaftskonflikten um die Unterbringung von Geflüchteten moderierend tätig war. In Stuttgart konnten wir das Sozialamt der Stadt Stuttgart als Praxispartner gewinnen, das sich auf verschiedene Weise mit Themen rund um neue Diversität und soziale Kohäsion beschäftigt. Direkt vor Ort ist zudem das Bezirksamt des Stadtteils Untertürkheim in das Projekt eingebunden. Der Ausländerrat Dresden e.V. war unser Dresdner Praxispartner, der unter anderem die Wohnunterbringung von Geflüchteten sozialarbeiterisch betreut.

AUSHANDLUNGSPROZESSE UM DIE LOKALE AUFNAHME VON GEFLÜCHTETEN

In allen vier Nachbarschaften sind geflüchtete Personen untergebracht. In Berlin-Kreuzberg, Stuttgart-Untertürkheim und Hamburg-Eppendorf wurden Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete errichtet. In Dresden-Gorbitz fand die Unterbringung in Wohnungen statt, die von der Stadt angemietet wurden. Eine öffentliche Diskussion um die Unterbringung von geflüchteten Personen, die einen Bearbeitungsdruck aufseiten der Politik und Verwaltung auslöste, fand nur in den beiden Quartieren mit höherem sozioökonomischem Status statt: Eppendorf und Untertürkheim. Hier äußerte sich Protest von Anwohner_innen gegen die Errichtung von Unterkünften etwa in Form von Klagen gegen Baugenehmigungen, Rundbriefen und Flugblättern oder Protesten in Bezirkssitzungen gegen den Unterkunftsbaubau. In Untertürkheim konnte der anfängliche Protest relativ rasch beigelegt werden. In Eppendorf hingegen wurde der Bau einer Unterkunft so stark verzögert, dass ihr Bezug erst in den letzten Monaten des Forschungszeitraums stattfand – obwohl er schon seit Jahren geplant war. Die Bearbeitung der Proteste erforderte hohe personelle, zeitliche und auch finanzielle Aufwände vonseiten der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Hinzu kommt, dass sich die Rationalitäten dieser Aushandlungen (zumindest zeitweise) stärker an den Gegner_innen der Unterkünfte ausrichteten als an den sozialen Rechten und den Bedürfnissen der Geflüchteten oder an den lokalen Befürworter_innen der Unterkünfte.

In Kreuzberg und Gorbitz hat es keine kollektiven lokalen Aushandlungen zwischen (organisierten) Teilen der Bevölkerung und Vertreter_innen aus Politik oder Verwaltung gegeben. In Kreuzberg geht dies mit einer von zentralen Akteur_innen oft hervorgehobenen Alltäglichkeit von Migration und Diversität einher; in Gorbitz hingegen berichten Akteur_innen aus Sozialarbeit und Zivilgesellschaft von rassistischen Anfeindungen und Übergriffen, denen Geflüchtete im Alltag ausgesetzt seien und die die Atmosphäre im Stadtviertel prägten. Deren Bearbeitung findet hier überwiegend auf der Alltagsebene und durch sozialarbeiterische Vermittlungsarbeit statt (s. Kap. 2).

DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN INDIVIDUELLEN EINSTELLUNGEN UND ÖFFENTLICHEN AUSHANDLUNGSPROZESSEN

Die Analyse der Befragungsdaten zeigt eine deutliche Diskrepanz zwischen stattgefundenen bzw. ausbleibenden öffentlichen Aushandlungen und individuellen Einstellungen in der Bevölkerung: So geben überraschenderweise nicht nur in Kreuzberg relativ kleine Anteile der lokalen Bevölkerung an, ablehnend gegenüber Geflüchteten (im Stadtviertel und darüber hinaus) eingestellt zu sein, sondern auch in Untertürkheim und Eppendorf – den beiden Stadtteilen, in denen sich öffentlich wahrnehmbare Proteste gegen die dortigen Geflüchtetenunterkünfte formierten. Die Umfragedaten zeigen also, dass eine starke Ablehnung gegenüber Geflüchteten wesentlich weniger verbreitet ist, als es die öffentlichen Aushandlungsprozesse in diesen Quartieren vermuten lassen. Das heißt nicht, dass hier in der breiten Bevölkerung eine auf allen Ebenen inklusive und offene Vorstellung von sozialem Zusammenhalt vorherrscht, aber doch, dass

stark ablehnende Haltungen, wie sie in den öffentlichen Aushandlungen geäußert wurden, weniger stark verbreitet sind. Nehmen wir dieses Ergebnis ernst, bedeutet dies, dass hier relativ kleine Gruppen von Bewohner_innen einen überproportionalen Einfluss auf die politisch-gesellschaftlichen Aushandlungen vor Ort hatten.

In Gorbitz sind – im Vergleich zu den anderen drei Nachbarschaften – ablehnende Haltungen gegenüber Geflüchteten wesentlich stärker verbreitet. Jedoch ist darauf hinzuweisen, dass dies auch hier nicht auf alle Teile der Bevölkerung zutrifft – vielmehr haben wesentliche Teile der Bevölkerung auch mittlere bis offene Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Hier sind unterschiedliche Positionen erkennbar, deren Existenz auch von zentralen Akteur_innen im Quartier betont werden, die jedoch insbesondere in die Wahrnehmung des Stadtviertels von außen kaum Eingang finden.

Es stellt sich also die Frage, wie engagierte und offen eingestellte Bevölkerungsteile gegenüber exkludierenden Tendenzen in den Nachbarschaften unterstützt werden können – in Gorbitz in einem durch Anfeindungen gegenüber Geflüchteten geprägten Alltag, in Eppendorf und Untertürkheim in den öffentlich geführten Auseinandersetzungen um die Unterbringung von Geflüchteten.

In Bezug auf die Dimensionen des Fallvergleichs – sozioökonomischer Status und bisherige Migrations- und Diversitätserfahrung in den Nachbarschaften – zeigen die Daten zur Einstellung gegenüber Geflüchteten ein paradoxes Muster: In Kreuzberg und Eppendorf – den beiden Nachbarschaften mit jeweils gegensätzlichen Merkmalen in Bezug auf sozialen Status und Migrationsgeschichte – finden wir das geringste Ausmaß ablehnender Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Untertürkheim hingegen hat im Nachbarschaftsvergleich ein mittleres Ausmaß an ablehnenden Einstellungen – bei einer ausgeprägten Migrationsgeschichte in Kombination mit einem relativ hohen sozioökonomischen Status der Bevölkerung. Es ergibt sich also auf Nachbarschaftsebene kein klares Bild bezüglich des Zusammenhangs zwischen der Einstellung gegenüber Geflüchteten und dem sozioökonomischen Status bzw. bisheriger Diversitätserfahrung durch Migration. Dies weist darauf hin, dass sozioökonomischer Status und bisherige Migrationserfahrung in den Nachbarschaften durchaus unterschiedlich interagieren (s. Kap. 3).

RESSOURCENZUGANG UND SOZIALES ZUSAMMENLEBEN AUS DER PERSPEKTIVE VON GEFLÜCHTETEN

Auf Grundlage der erhobenen Perspektiven und Erfahrungen der Geflüchteten in den Nachbarschaften wurden zunächst nachbarschaftsübergreifende Themen benannt. Diese betreffen etwa rechtliche Rahmenbedingungen auf Landes- oder Bundesebene und strukturelle Problemlagen. Sie unterscheiden sich daher kaum zwischen den Nachbarschaftskontexten und lassen sich auch meist schlecht auf lokaler Ebene bearbeiten. Gleichwohl prägen sie die Erfahrungen der Geflüchteten und ihre Handlungsspielräume auf lokaler Ebene maßgeblich. Zu diesen nachbarschaftsübergreifenden Themen gehören unter anderem der erschwerte Zugang zu Ressourcen und Rechten, etwa durch Migrationskontrollen und Asylverfahren. Viele Geflüchtete benennen hier lange Warteprozesse, Hürden bei Familienzusammenführungen sowie die Wohnsitzauflage als problematisch. Letztere verpflichtet Geflüchtete nach Abschluss des Asylverfahrens in der Regel für drei Jahre zur Wohnsitznahme in dem Bundesland, in dem ihr Asylverfahren stattfand. Weitere Themen sind die als unwürdig, belastend und freiheitseinschränkend erlebten Wohnbedingungen in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften sowie die Schwierigkeit, eine eigene Wohnung zu finden. Außerdem erleben fast alle Geflüchteten Diskriminierung und Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt sowie Ausgrenzung und rassistische Übergriffe im öffentlichen Raum.

Mit Blick auf die Nachbarschaftsebene lässt sich für den lokalen Ressourcenzugang und das soziale Zusammenleben festhalten: Wohlbefinden und Sicherheit sind dort stärker ausgeprägt, wo Geflüchtete Migrations-

geschichte als sichtbar beschreiben. So nehmen die meisten von uns befragten Geflüchteten in Kreuzberg und Untertürkheim kaum Reaktionen auf ihren Zuzug wahr und haben das Gefühl, im öffentlichen Raum weniger aufzufallen, auch wenn hier diskriminierende Alltagserfahrungen ebenfalls nicht ausbleiben. Dagegen geben die interviewten Geflüchteten in Eppendorf und insbesondere in Gorbitz an, dass sie aufgrund der im Quartier fehlenden Diversität extrem auffallen. Dies führt in beiden Nachbarschaften zu Begegnungen, die Geflüchtete als abwertend beschreiben. In Gorbitz kommt es darüber hinaus zu offen(er)en rassistischen Äußerungen und Übergriffen, die das Sicherheitsgefühl vieler Interviewpartner_innen in erheblichem Maße beeinträchtigen.

Für den lokalen Ressourcenzugang von Geflüchteten haben zivilgesellschaftliche Strukturen, migrantische Netzwerke und insbesondere auch vielfältige Sprachressourcen eine besondere Relevanz. Sie erleichtern beispielsweise den Zugang zu Unterstützung und Teilhabe. Die Bedeutung von lokalen Vereinen, institutionalisierten Angeboten und sozialarbeiterischer, zivilgesellschaftlicher wie auch politisch-aktivistischer Unterstützung wird von interviewten Geflüchteten in allen Nachbarschaften hervorgehoben, auch wenn die lokalen Strukturen in den Quartieren unterschiedlich gefestigt sind. Sie sind in der Lage, auch in einem als feindlich wahrgenommenen nachbarschaftlichen Umfeld räumlich abgegrenzte „Willkommensbubbles“ zu schaffen, die Geflüchtete zumindest zeitweise von Alltagsanfeindungen abschirmen und ihnen Unterstützung zukommen lassen. Es stellt sich die Frage, wie die Etablierung solcher Strukturen gefördert und unterstützt werden kann – insbesondere an Orten, wo sie bisher weniger stark verankert sind (s. Kap. 4).

ZUGANGSCHANCEN GEFLÜCHTETER ZU LOKALEM WOHNRAUM

Den Zugang zum Wohnungsmarkt empfinden Geflüchtete in allen untersuchten Nachbarschaften als problematisch, jedoch zeigen sich hier unterschiedliche Dynamiken im Zusammenhang mit den lokalen Wohnungsmarktstrukturen: In Kreuzberg, Eppendorf und Untertürkheim sehen Geflüchtete kaum Chancen, eine Wohnung im Viertel zu finden, auch wenn sie dort gerne bleiben oder hinziehen möchten. In Untertürkheim wirkt insbesondere die Baden-Württembergische Ausgestaltung der Wohnsitzregelung einschränkend, da die Geflüchteten hierdurch gezwungen sind, eine Wohnung auf dem engen Stuttgarter Wohnungsmarkt zu finden, auch wenn einige gern in umliegende Gemeinden ziehen würden. Demgegenüber haben in Gorbitz seit 2015 viele Geflüchtete eigene Wohnungen finden können. Während sie hier einerseits die Unabhängigkeit, die mit einer eigenen Wohnung einhergeht, schätzen, wird doch oft der Wunsch geäußert, in einem Stadtteil oder einer Region Deutschlands zu wohnen, der oder die weniger stark von rassistischen Anfeindungen und Angriffen geprägt ist. Oft sehen sie jedoch kaum Chancen für einen Wohnortwechsel (s. Kap. 4).

So ergibt sich in Bezug auf den Wohnungsmarktzugang in unserem Fallvergleich eine paradoxe Situation: In den Nachbarschaften, die relativ ausgeprägte Erfahrungen im Umgang mit Migration und Diversität auf lokaler Ebene haben – Untertürkheim und Kreuzberg –, ist der Wohnungsmarkt so eng, dass die Chancen für Geflüchtete, dort eine Wohnung zu finden, gering sind. In Gorbitz sind migrantische oder mehrsprachige Unterstützungsstrukturen hingegen durch die bisher geringere Migrationserfahrung in der Nachbarschaft weniger ausgeprägt, hinzu kommt die Bedrohung durch rassistische Anfeindungen und Angriffe im Alltag. Andererseits finden Geflüchtete hier einfacher eine eigene Wohnung. Studien zeigen, dass deutschlandweit insbesondere sozial benachteiligte Nachbarschaften in ostdeutschen Städten, die bisher wenig durch Migration geprägt sind, aktuell einen verstärkten Zuzug von Geflüchteten verzeichnen (Helbig/Jähnen 2019). Hier stellt sich die Frage, inwiefern sich in Gorbitz und ähnlichen Nachbarschaften relevante Unterstützungsstrukturen weiter herausbilden werden oder ob sich hier perspektivisch Formen von sozialer Benachteiligung überlagern und sich lokale Konflikt dynamiken weiter verstärken werden (El-Kayed et al. 2020).

VIER HERAUSFORDERUNGEN

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse lassen sich abschließend vier Herausforderungen für Verwaltung, Sozialarbeit und Zivilgesellschaft vor Ort formulieren. Diese sind gemeinsam mit den Praxispartnern des Projekts herausgearbeitet und diskutiert worden. Abschließend haben die Praxispartner Handlungsempfehlungen daraus abgeleitet (s. Anhang).

- (1) Wie können lokale Aushandlungsprozesse so gestaltet werden, dass sie sowohl Geflüchtete und ihre Rechte und Bedürfnisse als auch offen(er) eingestellte Bevölkerungsteile stärker einbeziehen und aktivieren?
- (2) Diskriminierung und rassistische Gewalt im öffentlichen Raum und in Institutionen stellen ein zentrales Problem dar. Hier besteht die zentrale Aufgabe darin, Nachbarschaften für Geflüchtete und für Personen, die Rassismus erfahren, zu sichereren Orten zu machen und das Sicherheits- und Akzeptanzgefühl im Quartier und in lokalen Einrichtungen zu stärken.
- (3) Lokale soziale und zivilgesellschaftliche Infrastrukturlandschaften müssen gestärkt, weiter geöffnet und besser vernetzt werden, um bestehende Zugangshürden zu Unterstützung und Teilhabe für benachteiligte Bewohner_innen (u. a. geflüchtete Personen, Personen mit Migrationshintergrund und von Armut betroffene Personen) weiter abzubauen.
- (4) Wie kann die Wohnraumversorgung insbesondere für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen und für Sozialhilfebezieher_innen garantiert und auch der Zugang zu Wohnraum in migrantisch geprägten Nachbarschaften gesichert werden, deren Wohnungsmärkte mittlerweile stark durch Gentrifizierungsprozesse und steigende Mieten geprägt sind?

SUMMARY OF KEY FINDINGS

This report provides an overview of the results of the project *Nachbarschaften des Willkommens* (“Welcoming Neighbourhoods”), which from 2017 to 2021 researched the conditions of social cohesion in neighbourhoods with increasing diversity due to refugee migration. In doing so, we explored the question of where ideas and practices of social cohesion that include new refugee residents and users prevail, and where this is not the case. In this context, we asked where refugees living in or using a neighbourhood gain access to key resources such as housing, support, and participation, and how access to these resources is negotiated, decided, and lived locally.

The neighbourhoods studied have different socio-economic compositions and migration histories. Based on previous research, it has been assumed that the socio-economic status and previous migration experience of a neighbourhood can be significant factors that influence reactions to diversity related to new migration (Pettigrew 1998; Heitmeyer 2011). In order to examine both factors in relation to one other, we selected four neighbourhoods that differ systematically in the extent of their migration histories, as well as in the socio-economic status of their population. Berlin-Kreuzberg is a neighbourhood that has a rich migration history and a comparatively substantial experience with social deprivation. Stuttgart-Untertürkheim has a similarly extensive history of migration but, on average, its population has a higher socio-economic status. Similar to Untertürkheim, Hamburg-Eppendorf has a population with high social status, however, only a small number of first- or second-generation immigrants live there. Until now, Dresden-Gorbitz is characterised as having little migration experience, but similar to Kreuzberg it is marked by its populations’ experience of social deprivation and poverty.

In each of the four neighbourhoods, the question of the local reception of refugees was investigated from different perspectives in three research phases:

- Research phase 1: In all neighbourhoods, qualitative interviews were conducted with key actors (from the fields of social work, civil society, education, culture, sports, police, city politics, and the city administration), focusing on dominant narratives about the neighbourhoods and local negotiations around the reception of refugees.
- Research phase 2: Based on this, a standardised survey was conducted among the established resident populations regarding attitudes towards refugees and civil society support for refugees, as well as social encounters and contacts in the neighbourhoods.
- Research phase 3: Using semi-structured qualitative interviews, refugees who came to Germany around 2015 and live in or use the neighbourhoods were asked about their perspectives of, experiences in, and access to various resources in the neighbourhoods.

In addition to this academic interest, a central concern of the project has been to transfer the lessons learned into practice. How can local administrations, social workers, and civil society contribute to creating understandings and practices of local cohesion that provide refugees with access to their rights, resources, and participation? How can local processes of exclusion be countered in everyday life and within institutional-political negotiations?

The practical side of the project was developed in cooperation with local partners who accompanied and supported the project throughout its duration. In Berlin, our partner was the locally based association Kotti-Coop e. V., which – as part of the tenants’ initiative Kotti & Co – has been addressing the connection between the crisis in social housing, poverty, and migration since 2011 (Hamann et al. 2015; Scheer 2016). In Hamburg, we were supported by dock europe e. V., an association for intercultural education that acted as a

moderator in several neighbourhood conflicts in Hamburg related to the accommodation of refugees. Our local partner in Stuttgart was the Social Welfare Office (Sozialamt) of the City of Stuttgart, which is working in various ways on issues related to new diversity and social cohesion. Furthermore, the district office of the Untertürkheim district has been involved in the project directly on site. The Ausländerrat Dresden e. V. was our Dresden practice partner, which, among other things, provides social support for the housing of refugees.

NEGOTIATION PROCESSES AT THE POLITICAL, CIVIL SOCIETY, AND EVERYDAY LEVEL AROUND THE LOCAL RECEPTION OF REFUGEES

Refugees are accommodated in all four neighbourhoods. In Kreuzberg, Untertürkheim, and Eppendorf, shared accommodation for refugees has been built. In Gorbitz, accommodation has taken place in flats rented by the city. A public discussion about the accommodation of refugees, resulting in a need for action from the city administrations, only took place in the two neighbourhoods with a higher socio-economic status: Eppendorf and Untertürkheim. Here, protests by residents against the construction of accommodation took the form of legal actions against the provision of building permits, the distribution of newsletters and leaflets, or protests in district meetings. In Untertürkheim, the initial protest was settled relatively quickly. In Eppendorf, on the other hand, the construction of an accommodation, although planned for years, was delayed to such an extent that its opening took place in the last months of the research period. Dealing with the protests required a great deal of personnel, time, and financial effort on the part of the city administration, and civil society. In addition, the rationalities of these negotiations were (at least temporarily) more focused on the opponents of the accommodation than on the social rights and needs of the refugees or local supporters of the accommodation.

In Kreuzberg and Gorbitz, there were no collective local negotiations between (organised) parts of the population and representatives from politics or the city administration. In Kreuzberg, this goes hand in hand with the commonness of migration and diversity, as frequently emphasised by central actors. In Gorbitz, on the other hand, social work and civil society actors report that refugees are exposed in their daily life to racist hostilities and assaults that shape the atmosphere of the neighbourhood. These are dealt with mainly through social work mediation (see chapter 2).

THE RELATIONSHIP BETWEEN INDIVIDUAL ATTITUDES AND PUBLIC NEGOTIATION PROCESSES

Analysis of the survey data reveals a clear discrepancy between public negotiations that have taken place or not and the individual attitudes within a population. Not only in Kreuzberg, but also in Untertürkheim and Eppendorf, both of which had noticeable public protests against refugee accommodation, only a surprisingly small portion of the local population state that they are hostile to refugees (in the neighbourhood and beyond). The survey data, thus, shows that a strong hostility towards refugees is much less widespread than the public negotiation processes in these neighbourhoods would suggest. This does not mean that an inclusive and open idea of social cohesion prevails in the population at large, but it does mean that strongly negative attitudes, such as those expressed in the public negotiations, are less widespread. If we take this result seriously, it means that a comparatively small group of residents had a disproportionate influence on the local political-social negotiations.

Compared to the other three neighbourhoods, negative attitudes towards refugees are much more widespread in Gorbitz. However, it should be pointed out that this does not apply to the whole population; significant parts of the population have mixed to open attitudes towards refugees. Here, various positions can be identified, the existence of which is also emphasised by central actors in the neighbourhood. However, these different perspectives are hardly reflected in the outside perception of the neighbourhood.

This raises the question of how open-minded sections of the population can be supported to oppose exclusionary tendencies in the neighbourhoods. In Gorbitz, everyday life is characterised by hostility towards

refugees, while in Eppendorf and Untertürkheim it is characterised by public debates and conflicts about the accommodation of refugees.

With regard to socio-economic status and the migration and diversity histories in the neighbourhoods, the data on attitudes towards refugees shows a somewhat ambiguous pattern. Kreuzberg and Eppendorf – the neighbourhoods with contrasting characteristics in terms of social status and migration history – have the lowest level of negative attitudes towards refugees. Untertürkheim, in comparison, has a medium level of negative attitudes, despite its pronounced migration history and the higher socio-economic status of the population. Thus, no clear picture emerges at the neighbourhood level regarding the connection between a population's attitudes towards refugees and the socio-economic status and previous experience with diversity stemming from migration in that neighbourhood. This indicates that socio-economic status and previous migration experiences interact differently in the neighbourhoods (see chapter 3).

ACCESS TO RESOURCES AND SOCIAL COHABITATION FROM THE PERSPECTIVE OF REFUGEES

Based on the perspectives and experiences of the refugees in the neighbourhoods, we identified cross-neighbourhood issues. These concerns are, for example, legal frameworks at the state and federal level, as well as structural problems. They rarely differ between neighbourhood contexts and are usually difficult to address at the local level. Nevertheless, they significantly shape the experiences of refugees and their scope for action at the local level. These cross-neighbourhood issues include difficult access to resources and rights, for example, due to migration controls and asylum procedures. Many refugees report long waiting periods, barriers to family reunification, and the abode constraint (*Wohnsitzregelung*) as problematic. The latter usually obliges refugees to reside in the federal state in which their asylum procedure took place for three years after the asylum procedure has been completed. Further issues are the housing conditions in state-run shared accommodation, which are experienced as unworthy, burdening, and restrictive of freedom, as well as the difficulty of finding a flat of one's own. In addition, almost all refugees experience discrimination and exploitation in the labour market, as well as exclusion and racist attacks in public spaces.

Regarding access to local resources and social cohabitation at the neighbourhood level, it can be stated that feelings of well-being and safety are more prevalent where refugees report a visible migration history. Most of the refugees we interviewed in Kreuzberg and Untertürkheim have barely noticed any reactions to their arrival and feel that they are less visible in public spaces, even though discriminatory everyday experiences are not absent in these locations. In contrast, the refugees interviewed in Eppendorf and, in particular, in Gorbitz report being extremely visible due to the lack of diversity in the neighbourhood. In both of these neighbourhoods, this results in encounters that refugees describe as derogatory. In Gorbitz, there are also openly racist hostilities and assaults, which significantly affect many interviewees' sense of security.

Civil society structures, migrant networks, and, in particular, diverse language resources are of particular relevance for refugees to access to local resources. They facilitate access to support and participation, among other things. Refugees interviewed in all neighbourhoods emphasise the importance of local associations, and support from social workers, civil society, and political activists, even if the establishment of such local structures differ between the neighbourhoods. Even in neighbourhoods that are perceived as hostile, these structures are able to create spatially demarcated “welcoming bubbles”, shielding refugees, at least temporarily, from everyday aggressions and providing them with support. This raises the question of how the establishment of such structures can be promoted and supported, especially in places where, until now, they are rooted less strongly (see chapter 4).

REFUGEES' ACCESS OPPORTUNITIES TO LOCAL HOUSING

In all of the neighbourhoods studied, refugees experience access to the housing market as difficult, a dynamic that differs in relation to the structures of the local housing market. In Kreuzberg, Eppendorf, and Untertürkheim, refugees see almost no chance of finding a flat in the neighbourhood. In Untertürkheim, the state-level regulation of the abode constraint in Baden-Württemberg has a particularly restrictive effect on the mobility of refugees, as it forces them to find a flat within the tight Stuttgart housing market, even if some would prefer to move to surrounding municipalities. In contrast, many refugees have been able to find their own flats in Gorbitz since 2015. While they appreciate the independence that comes with having their own flat, they often express the desire to live in a district or region of Germany that is less marked by racist hostilities and attacks. However, they often see little chance of changing their place of residence (see chapter 4).

Thus, with regard to access to the housing market, a paradoxical situation emerges in our comparative study: The two neighbourhoods with pronounced experiences in managing migration and diversity at the local level – Untertürkheim and Kreuzberg – have such a tight housing market that the chances for refugees to find a flat there are low. In Gorbitz, by contrast, migrant or multilingual support structures are less well developed due to the lower level of migration history in the neighbourhood and there is also the threat of racist hostilities and attacks in the daily life. On the other hand, it is easier for refugees to find their own flats in Gorbitz. At the national level, studies show that socially disadvantaged neighbourhoods in eastern German cities with little migration history, in particular, are currently experiencing an increased influx of refugees (Helbig/Jähnen 2019). This raises the question of whether relevant support structures will continue to be developed in Gorbitz and similar neighbourhoods, or whether multiple forms of social disadvantage will instead overlap and contribute to a continued intensification of local conflict dynamics (El-Kayed et al. 2020).

FOUR CHALLENGES

Against the background of these results, four challenges for the city administrations, social workers, and civil society can be identified. These have been developed and discussed together with the project's local partners. In conclusion, these partners made recommendations for action (see appendix).

- (1) How can local negotiation processes be designed in such a way that they more strongly involve and activate both refugees (to access their rights and address their needs) and (more) open-minded sections of a population?
- (2) Discrimination and racist violence in public spaces and within institutions are a crucial problem. Here, the key task is to make neighbourhoods safer places for refugees and people experiencing racism, and to strengthen the sense of security and acceptance in the neighbourhood and within local institutions.
- (3) Local social and civil society infrastructure landscapes must be strengthened, opened up further, and better connected in order to further reduce existing access barriers to support and participation for disadvantaged residents (including refugees, other first and second-generation immigrants, and people affected by poverty).
- (4) How can the supply of housing be guaranteed, especially for households with small and medium incomes and for those on social welfare? How can access to housing be secured in migrant neighbourhoods where housing markets are now strongly characterised by gentrification processes and rising rents?

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

zum Forschungsprojekt

NACHBARSCHAFTEN DES WILLKOMMENS

Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren (NaWill)

Gemeinsam erarbeitet von:

Ausländerrat Dresden e.V., dock europe e.V., Kotti-Coop e.V. und Sozialamt Stuttgart

Unter Mitarbeit von:

Nihad El-Kayed, Leoni J. Keskinliç, Sebastian Juhnke, Yağmur Dalga und Lisa Götz

1 POLITISCH-INSTITUTIONELLE AUSHANDLUNGSPROZESSE INKLUSIV GESTALTEN

1.1 PROBLEMDEFINITION AUF GRUNDLAGE DER ERGEBNISSE

In der vorliegenden Studie hat sich gezeigt, dass nicht in allen untersuchten Nachbarschaften Diskussionen um die Unterbringung von geflüchteten Personen, die einen Bearbeitungsdruck aufseiten von Politik und Verwaltung auslösen, stattfinden. Dies war nur in den beiden Nachbarschaften mit höherem sozioökonomischen Status der Fall. Dort waren diejenigen Teile der Bevölkerung, die eine Unterkunft für geflüchtete Personen ablehnten, in der Lage, sich bei Politik und Verwaltung Gehör zu verschaffen, in Aushandlungsprozesse eingebunden zu werden und ihre Forderungen teilweise in die lokale Ausgestaltung des Unterkunftsbaus einfließen zu lassen.

Als bemerkenswert wird erachtet, dass die öffentlich wahrnehmbare Ablehnung der Unterbringung und des Zuzugs von Geflüchteten in den untersuchten Nachbarschaften nicht die breite bzw. überwiegende Bevölkerungsmeynung repräsentiert. Im Gegenteil sind es jeweils nur relativ geringe Anteile der lokalen Bevölkerung, die angeben, geflüchtete Nachbar_innen als ‚problematisch‘ zu empfinden. Hier scheint ein kleiner Teil der örtlichen Bewohner_innenschaft eine überproportionale Wirkung auf den öffentlichen Diskurs in diesen Nachbarschaften auszuüben. Zwar waren Politik und Verwaltung durchaus erfolgreich in der Bearbeitung des Widerstandes gegen die Unterbringung von Geflüchteten. Dies hatte jedoch auch den Effekt, dass es in den öffentlichen Aushandlungen um die Unterbringung von Geflüchteten die Tendenz gab, stärker auf die Argumente und Zielvorstellungen der Gegner_innen zu reagieren als auf diejenigen der Unterstützer_innen oder auf die Bedürfnisse der Geflüchteten. In der untersuchten Nachbarschaft mit niedrigem sozioökonomischen Status und (bisher) wenig Migrationserfahrung kam es hingegen trotz höherer (aber nicht mehrheitlicher) Ablehnungsraten in der Bevölkerung unseres Wissens zu keiner öffentlichen Aushandlung um die Unterbringung von Geflüchteten im Stadtviertel. Hier beklagten Sozialarbeiter_innen und zivilgesellschaftliche Akteur_innen zum Teil eine wenig ausgeprägte Informationsbereitschaft von Politik und Verwaltung.

1.2 EMPFEHLUNGEN UND HANDLUNGSBEDARFE

Handlungsbedarf besteht vor diesem Hintergrund darin, bei Teilen der Bürger_innenschaft die Bereitseligkeit zur Öffnung und Veränderung zu fördern. Dabei muss Widerstand aufgegriffen und bearbeitet werden. Dafür braucht es offene Orte des Streitens, Diskutierens und Aushandelns, in denen die unterschiedlichen Perspektiven sichtbar gemacht werden. Die Prozesse in den untersuchten Nachbarschaften zeigen, dass eine offene Kommunikation mit einer Vielzahl von lokalen Akteur_innen Konflikte erfolgreich bearbeiten kann. Bei diesen Aushandlungsprozessen ist ein ausgewogener Umgang mit Widerstand gegen (neue) Diversität notwendig. Im Verlauf der öffentlichen Auseinandersetzung sollte insbesondere darauf geachtet werden, dass exkludierende Positionen nicht die Überhand gewinnen und so die Positionen von Unterstützungsnetzwerken und Willkommensinitiativen in den Hintergrund treten.

Weiterhin bedarf es der Sensibilisierung der Bewohner_innenschaft für strukturelle Benachteiligungen und Problemlagen bzw. der Anerkennung von struktureller Ungleichheit und Rassismus in der Gesamtgesellschaft. Hierfür kann die Stärkung und das Sichtbarmachen von Diversitätsoffenheit und Engagement im Lokalraum hilfreich sein, indem Diversitätskompetenzen verschiedener Bewohner_innengruppen durch Perspektivwechsel und Vermittlungsarbeit gekräftigt werden.

1.3 MÖGLICHE MASSNAHMEN UND GOOD-PRACTICE-BEISPIELE

Um politisch-institutionelle Aushandlungsprozesse effektiv gestalten zu können, müssen vorab und begleitend folgende Befähigungen erworben bzw. gefestigt werden:

- A Stärkung von Diversitätskompetenzen bei allen beteiligten Akteur_innen, inklusive der kritischen Reflexion von Privilegien und Empowerment
- B Stärkung von Aushandlungskompetenzen, um zu vermeiden, dass kleine aber lautstark organisierte Proteste die Aushandlungen bestimmen
- C Aushandlungs- und Reflexionsprozesse sowie Bildung und Begegnung sollten durch engagierte, empathische Moderator_innen aus der (professionellen) Zivilgesellschaft angeleitet werden. Hier können städtische Diskussions- und Reflexionsräume eröffnet, Perspektivwechsel ermöglicht und kann an Schnittstellen in Politik und Verwaltung kommuniziert werden. Dazu gehört auch die Finanzierung von Prozessbegleitung und Moderation für Aushandlungs-, Bildungs- und Begegnungsprojekte in Nachbarschaften durch kommunale Gelder. Um exkludierende, kulturalisierende und rassistische Diskurse zu überwinden, sind Versorgungs- und Partizipationsformate im Sinne einer „Stadtbürgerschaft“ (*urban citizenship*) neu zu denken und zu fordern. *Urban citizenship* stellt die Frage nach Rechten im Sinne einer lokalen politischen und sozialen Teilhabe für alle Stadtbewohner_innen – unabhängig von ihrer Staatsbürger_innenschaft oder ihrem Aufenthaltsstatus. Hier geht es auch um politische Stellschrauben wie etwa die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für städtische Bewohner_innen als Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe (vgl. Recht auf Stadt 2016).

Good-Practice-Beispiele:

- Um die Diversitäts- und Aushandlungskompetenzen (1.3.A und 1.3.B) auf kommunaler Ebene zu stärken, sollten zivilgesellschaftliche Träger unterstützt und mit der kommunalen Politik und Verwaltung vernetzt sein, um politische Bildungs- und Gemeinwesenarbeit stärker zusammenzudenken, zu begleiten und mit Ressourcen auszustatten. Ein solches Modell verfolgt das Bundesprogramm „Demokratie leben!“¹. Seit 2015 fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit diesem Programm zivilgesellschaftliches Engagement mit dem Ziel, ein vielfältiges und demokratisches Miteinander zu stärken und der Polarisierung in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Dafür werden auf kommunaler Ebene Zusammenschlüsse von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik in „Partnerschaften für Demokratie“ unterstützt, die Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt entwickeln und umsetzen. Die Förderung sieht hierfür neben der Zusammenarbeit der vor Ort relevanten Akteur_innen eine aktive Beteiligung von Bürger_innen vor. Zentraler Ankerpunkt dieser Zusammenarbeit ist ein zivilgesellschaftlicher Trägerverein vor Ort, der als Koordinierungs- und Fachstelle dient (siehe auch 1.3.C). In Kooperation mit einem federführenden Amt auf der kommunalen Verwaltungsebene verfolgen die „Partnerschaften für Demokratie“ unter anderem die Ziele, die Zivilgesellschaft zu stärken und Verfahren demokratischer Beteiligung zu entwickeln und zu etablieren.
- Zum Empowerment aller Bewohner_innengruppen eines Quartiers (1.3.A) und ihrer Vernetzung mit Politik und Verwaltung (1.3.C) ist das „Fachkonzept Sozialraumorientierung“ ein richtungsweisendes Instrument der sozialen Arbeit. Das Konzept zielt darauf ab, nicht einzelne Zielgruppen, sondern alle Menschen innerhalb eines sozialen Raums zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Dabei basiert die sozialräumliche Arbeit auf der Kooperation und Vernetzung von kommunaler Verwaltung, lokaler Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Das Fachkonzept Sozialraumorientierung wurde von Wolfgang Hinte am Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen entwickelt² und findet als fachliche Grundlage Anwendung in der sozialen Arbeit. Es

1 <https://www.demokratie-leben.de/>

2 <https://www.uni-due.de/biwi/issab/sozialraumorientierung>

sieht vor, die soziale Arbeit an den Bedarfen und Interessen der Menschen auszurichten und der aktivierenden Arbeit Vorrang vor betreuender Tätigkeit zu geben. Bei der Gestaltung von Aktivitäten und Hilfen kommt personalen und sozialräumlichen Ressourcen eine wesentliche Rolle zu. Darüber hinaus sollen diese Aktivitäten und Hilfen zielgruppen- und bereichsübergreifend angelegt sein, wofür eine Vernetzung und Integration verschiedener sozialer Dienste als grundlegend definiert wird. Wie ein Beispiel aus der Caritasarbeit (vgl. Caritas 2021: 5) verdeutlicht, geht es darum, der Lebenswelt der Menschen in den Institutionen und Nachbarschaften eine größere Beachtung zu schenken und sie in die Entwicklung von Angeboten einzubeziehen. Dies kann durch ‚runde Tische‘ auf Quartiersebene erfolgen, die einen offenen Raum für die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen, Institutionen, Schlüsselpersonen des Sozialraums und Einzelpersonen darstellen.

2 SCHUTZ VOR DISKRIMINIERUNG IM WOHNUMFELD UND IN DEN INSTITUTIONEN

2.1 PROBLEMDEFINITION AUF GRUNDLAGE DER ERGEBNISSE

Geflüchtete waren und sind in allen untersuchten Quartieren in unterschiedlichem Ausmaß ausgrenzenden und rassistischen Einstellungen, Anfeindungen und Übergriffen im (halb-)öffentlichen Raum, im nahen Wohnumfeld sowie in Institutionen ausgesetzt. Geflüchtete erleben zum Beispiel Anfeindungen durch Nachbar_innen im Wohnhaus, auf der Straße und an Haltestellen oder Ungleichbehandlungen durch die Polizei oder in Arztpraxen. Besonders in Nachbarschaften, in denen kaum Migrationserfahrung vorhanden ist, berichten Geflüchtete häufig von der negativen Erfahrung, stark aufzufallen, die teilweise mit einem Gefühl des Bedrohtseins einhergehe. Demgegenüber öffnen sich in den Quartieren bisher überwiegend nur Akteur_innen und Einrichtungen aus Sozialarbeit und Zivilgesellschaft explizit für alle Einwohner_innen und beziehen offen Position gegen rassistische und andere exkludierende Haltungen. Es ist auffallend, dass die befragten Geflüchteten – in allen Nachbarschaften – selten davon berichten, dass andere Personen eingreifen, wenn sie Anfeindungen erfahren. Kommen Geflüchtete in solch eine Situation, wollen sie meist vermeiden, in Schwierigkeiten zu kommen – sie fühlen sich hinsichtlich des Schutzes vor rassistischer Diskriminierung wenig über ihre Rechte informiert und kennen oft keine zuständigen Anlaufstellen.

2.2 EMPFEHLUNGEN UND HANDLUNGSBEDARFE

Handlungsbedarf besteht darin, Strukturen so zu verändern, dass Nachbarschaften für Geflüchtete und für Personen, die Rassismus erfahren, zu ‚sicheren‘ Orten werden. Dafür ist es notwendig, dass sich zentrale Institutionen wie Polizei, Schule und Gesundheitswesen mit strukturellem Rassismus gegenüber verschiedenen Gruppen auseinandersetzen. Um das Sicherheits- und Akzeptanzgefühl im Quartier zu stärken, bedarf es zudem einer größeren Repräsentation von Personen mit Migrationshintergrund in öffentlich sichtbaren Positionen, etwa als Lehrer_innen und Polizist_innen. Um darüber hinaus Teilhabe im Alltag und auf der Straße zu ermöglichen und das Sicherheitsgefühl im (halb-)öffentlichen Raum und im Wohnumfeld zu stärken, sind Anlaufstellen und vermittelnde Akteur_innen vor Ort notwendig, die für den Umgang mit direkten Konflikten zuständig sind, einen konstruktiven Umgang mit Konflikten stärken und Aushandlungen begleiten. So können sich Personen, die Diskriminierung oder Übergriffe erfahren (haben), an unabhängige Stellen wenden und unmittelbar geschützt werden.

2.3 MÖGLICHE MASSNAHMEN UND GOOD-PRACTICE-BEISPIELE

Um den Schutz vor Diskriminierung im Wohnumfeld und in den Institutionen zu erhöhen, eignen sich folgende Maßnahmen:

- A Im Rahmen von Anti-Rassismus-Trainings in staatlich organisierten Institutionen (z.B. in Schulen als Teil des Unterrichts, in Kindergärten, Polizei) und in Einrichtungen des Gesundheitswesens (z.B. innerhalb der Berufsausbildung) sollte über Rassismus und strukturelle Ungleichbehandlung aufgeklärt werden. Hierbei sollten Fachkräfte und Schüler_innen bzw. Teilnehmer_innen gleichermaßen sensibilisiert werden. Diese Trainings sollten bestenfalls von externen Trainer_innen durchgeführt werden.
- B Es sollte ein institutionenübergreifender Austausch geschaffen werden (z.B. zwischen Kitas und Schulen oder Jugendzentren). So kann ein nachbarschaftsweiter Verhaltenskodex (*code of conduct*) entstehen, der öffentlich sichtbar gemacht wird und etwa Hausordnungen und Schutzkonzepte beinhaltet.
- C Es sollten Ermutigungsstrukturen geschaffen werden für Menschen mit Migrationsgeschichte bzw. Menschen, die Rassismus erfahren. In diesen Strukturen sollten Selbstbehauptung und Empowerment vermittelt werden. Zudem sollte über die Wichtigkeit der Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund und/oder Rassismuserfahrung an demokratischen Prozessen aufgeklärt werden. Projekte wie das House of Resources in Dresden³ vermitteln Wissen über Beteiligungsmöglichkeiten für alle (s. u.). Auf diese Weise befähigen sie lokale Akteur_innen, strukturelle Unterstützung bereitzustellen.
- D Die Opferberatungsstrukturen für Betroffene rassistischer Gewalt sollten ausgebaut werden. Es ist wichtig, dass es mehrere solcher Anlaufstellen in der Stadt gibt, und zwar jeweils dort, wo diese Gewalt erlebt wird. Betroffene sollten für eine Beratung nicht in weit entfernte Stadtteile reisen müssen, da dies eine (zusätzliche) Barriere darstellt.

Good-Practice-Beispiele:

- Als Beispiel für die Schaffung von Ermutigungsstrukturen (2.3.C) ist das House of Resources Dresden zu nennen, dessen Ziel es ist, das gesellschaftliche Engagement und die Selbstorganisation von Migrant_innen zu stärken. Die Beratungs- und Weiterbildungsangebote umfassen Themen wie Vereinsgründung und -führung, Finanzverwaltung und Antragstellung bis hin zu Konzept- und Projektentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit und Qualitätssicherung. Zudem unterstützt das House of Resources durch eine Mikroprojektförderung integrative Projekte, indem Mittel des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) weitergeleitet werden. Gefördert werden zum Beispiel Projekte, die eine bessere Teilhabe von Migrant_innen am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglichen, oder etwa die Professionalisierung von jungen Migrant_innenorganisationen steigern. Ermöglicht wird dies auch durch ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement in diesen Projekten und Organisationen.
- Ein Beispiel für die Opferberatung für von rassistischer Gewalt betroffene Personen, deren Angehörige und Zeug_innen (2.3.D) ist das Projekt *SUPPORT für Betroffene rechter Gewalt* der *Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen* e.V. (RAA) in Dresden.⁴ Hier wird Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen solcher Angriffe und der Wahrnehmung von Rechten angeboten. Ziel ist es, bei den Betroffenen das Sicherheitsgefühl (wieder) zu erhöhen und ihre Selbstwirksamkeit erlebbar zu machen. Zudem werden Informationen über die Situation von Betroffenen und das Ausmaß und die Folgen rechter Gewalt in gesellschaftliche und politische Strukturen getragen, um die Solidarität mit den Betroffenen zu fördern. Das Projekt betreibt Beratungsstellen in mehreren Städten, arbeitet auch aufsuchend und bietet eine Onlineberatung an. Darüber hinaus wird hier kostenlos, vertraulich, auf Wunsch anonym und mehrsprachig gearbeitet. Voraussetzung für die Wahrnehmung des Angebots ist nicht, dass ein Übergriff polizeilich angezeigt wurde.

³ <https://hor-dresden.de>

⁴ <https://raa-sachsen.de/support/beratung>

- Ein weiteres Beispiel ist die *Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas*, die in Kooperation mit dem Berliner Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und der RAA Berlin / *Die Werkstatt – Familie, Schule und Jugendhilfe gemeinsam denken* betrieben wird.⁵ Die Beratung richtet sich insbesondere an Menschen, die (rassistische) Diskriminierung im Bildungssystem erfahren haben, und erfolgt unter anderem durch die Dokumentation, Begleitung und Nachsteuerung von Diskriminierungsfällen in Schule und Kita. Darüber hinaus gibt es hier diskriminierungs- und rassismuskritische Beratungsangebote und Fortbildungen für Bildungseinrichtungen (siehe 2.3.A) sowie eine Netzwerkarbeit mit anderen Stellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aus dem Bereich der Antidiskriminierungsarbeit (siehe 2.3.B).
- Auch in Stuttgart gibt es mit dem Büro für Diskriminierungskritische Arbeit (BfDA) eine Anlaufstelle für Menschen, die aufgrund ihrer zugeschriebenen Herkunft oder anderer Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Religion Diskriminierung erfahren. Sie wird von der Stadt Stuttgart und dem Land Baden-Württemberg finanziert.⁶

3 LOKALE SOZIALE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE INFRASTRUKTURLANDSCHAFT STÄRKEN, ÖFFNEN UND VERNETZEN

3.1 PROBLEMDEFINITION AUF GRUNDLAGE DER ERGEBNISSE

In allen untersuchten Nachbarschaften treffen Geflüchtete auf Zugangsbarrieren und lange Warteprozesse, die nur zum Teil durch zivilgesellschaftliche Strukturen, soziale Netzwerke und Eigenengagement aufgefangen werden können. In den beiden Vierteln mit ausgeprägter Migrationsgeschichte sind jedoch solche Strukturen stärker vorhanden, die zur Überwindung der genannten Barrieren beitragen können. Drei Faktoren erweisen sich als besonders relevant:

- A Sprachressourcen und Mehrsprachigkeit im Alltag und in lokalen Einrichtungen durch mehrsprachiges Personal oder Dolmetscherdienste, die eine Verständigung in der Muttersprache oder auf Englisch ermöglichen.
- B Migrantische Strukturen oder Personen in Vereinen und Institutionen mit eigener Migrationsgeschichte erleichtern den Zugang insbesondere zu institutionell angebundenen Teilhabe- und Unterstützungsangeboten.
- C Sozialarbeiterische oder politisch-aktivistische Unterstützung trägt häufig dazu bei, institutionelle Angebotslücken zu schließen.

Im Quartiersvergleich wird deutlich, dass in den beiden Nachbarschaften ohne signifikante Migrationsgeschichte, Unterstützungsstrukturen in geringerem Maße vorhanden und/oder bisher nicht auf Bewohner_innen mit Migrationsgeschichte ausgerichtet sind. Dabei sticht vor allem hervor, dass es Geflüchtete hier schwieriger finden, Sprachbarrieren bei Behördengängen, in Schule und Kindergarten und im Alltag zu überwinden. Dort, wo als Reaktion mehrsprachiges Personal eingestellt wird, verbessern sich Teilhabechancen merklich.

Lokale Zugangschancen erhöhen sich besonders in den Nachbarschaften, in denen vielfältige Anlaufstellen mit mehrsprachigem Personal existieren und in denen Sozialarbeiter_innen, politisch-aktivistische Initiativen sowie migrantische Netzwerke und Strukturen Unterstützung anbieten, institutionelle Angebotslücken

⁵ <http://die-werkstatt-gemeinsam-denken.de/index.php/projekte>

⁶ <https://antidiskriminierung-stuttgart.de>

schließen und soziale Netzwerke öffnen. Es stellt sich die Frage, wie die Etablierung solcher Strukturen gefördert werden kann – insbesondere an Orten, an denen Defizite bestehen.

3.2 EMPFEHLUNGEN UND HANDLUNGSBEDARFE

Eine breit aufgestellte soziale Infrastruktur ist in Quartieren zentral, um den Zugang zu Unterstützung und Teilhabe insbesondere für marginalisierte und benachteiligte Bewohner_innen (u. a. Geflüchtete, Personen mit Migrationshintergrund, arbeitslose Personen) zu ermöglichen und dadurch die Nachbarschaft im Ganzen zu stärken. Um niedrigschwellige Angebote zu schaffen, bedarf es der finanziellen Förderung von lokal verankerten und neu einzurichtenden sozialen Diensten, Anlauf- und Beratungsstellen, Vereinen und Initiativen. Es sollten auch nachbarschaftliche (Infra-)Strukturen mit verschiedenen Schwerpunkten finanziell gefördert werden, die neben klassischer Sozialarbeit Selbstermächtigung, Selbstwirksamkeit und Zivilcourage stärken. Dafür eignen sich Aushandlungs-, Bildungs- und Begegnungsprojekte, die sich zum Ziel setzen, verbindende Themen verschiedener Bewohner_innengruppen anzugehen.

Projekte und Begegnungsorte sollten durch Bewohner_innen des Quartiers mitgestaltet werden und sich an deren Lebenslagen orientieren, wobei insbesondere die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen (Geflüchtete, Alleinerziehende, Arbeitssuchende, Langzeitarbeitslose) berücksichtigt werden müssen. Dafür sollten Räumlichkeiten kostenlos bzw. kostengünstig bereitgestellt werden; die Bündelung von Koordinationsaufgaben sollte langfristig finanziell abgesichert sein.

Zur Umsetzung solcher Projekte und Strukturen bedarf es der Flexibilität der Stadtplanung, die informelle Strukturen zulässt und Räumlichkeiten bereitstellt, damit lebendige Stadtteile entstehen können. Lebendige Communities brauchen neben dem Wohnraum zum Beispiel auch ungeplante Treffpunkte, kreative Freiräume, Platz für Experimente und Gründungen. So bietet die dichte Ansiedlung von Vereinen, Gewerbe und (halb-)öffentlichen Räumen das Potenzial, flüchtige bis beziehungsstiftende Begegnungen zu begünstigen, Sichtbarkeiten zu schaffen und Kontaktchancen zu erhöhen.

Zudem bedarf es der weiteren Öffnung von bereits lokal verankerten Einrichtungen, um inklusive Angebote bereitzustellen und um eine bessere Repräsentation von migrantisch gelesenen Personen und Geflüchteten an öffentlich sichtbaren Orten und Positionen zu schaffen. Beispielsweise sind mehrsprachige Ansprechpersonen in lokalen sozialen Vereinen und Institutionen wichtig, um Sprachbarrieren abzubauen und um Kontakt und Teilhabe zu ermöglichen. Daneben müssen sich Einrichtungen für alle sichtbar öffnen, explizit Position gegen exkludierende Haltungen beziehen und die Sichtbarkeit von multiplen Migrationsgeschichten vor Ort stärken. Die Projektergebnisse zeigen, dass dadurch nicht nur die Zugänglichkeit erleichtert, sondern auch das Sicherheits- und Akzeptanzgefühl von Geflüchteten gestärkt wird.

Eine stärkere und kontinuierliche Vernetzung lokaler Akteur_innen zu Zielsetzungen und Erfahrungen in Bezug auf Teilhabe und Mitbestimmung sowie zur Bildung von Synergien zwischen geförderten Projekten stärkt zudem lokale Aushandlungsprozesse.

3.3 MÖGLICHE MASSNAHMEN UND GOOD-PRACTICE-BEISPIELE

Geeignete konkrete Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen, sind unter anderem:

- A Die Vermittlung zwischen Infrastruktur, Zivilgesellschaft, Institutionen, Politik und Verwaltung sollte durch Schlüsselpersonen gefördert werden. Erreicht wird dies, indem sie die im alltäglichen Nachbarschaftsgeschehen auftretenden Nutzungsbedarfe und -konflikte erkunden und hierbei lokal vermitteln, vernetzen und direkt aushandeln.

- B Es sollten kurz- und langfristig finanzielle Mittel bereitgestellt werden, wobei die Kooperation in den Stadtteilen wichtig ist (siehe Handlungsempfehlung 2). Dies sollte sowohl niedrigschwellige, kurzfristige (Mikro-)Fonds für nachbarschaftsbezogene Projekte von selbstorganisierten Gruppen und temporären Initiativen als auch umfangreiche, langfristige finanzielle Mittel für lokal verankerte Träger und Initiativen beinhalten, deren Arbeit etwa durch eine Fünf-Jahres-Förderung nachhaltige Veränderungen in der Nachbarschaft erwirken kann. Hierbei sollten bestehende Strukturen externer Träger bevorzugt werden, da sie bereits über Kenntnisse des lokalen Kontextes verfügen.
- C Bei der Förderung von Mikroprojekten sollte darauf geachtet werden, dass auch selbstorganisierten Gruppen und (temporären) Initiativen der Zugang zu finanziellen Mitteln ermöglicht wird, um ihre Selbstwirksamkeit zu stärken. So könnten Begegnungen von Nachbarschafts- und Geflüchteten selbstorganisationen gefördert werden, um eine gemeinsame Identität und Geschichte im Stadtteil aufzubauen. Darüber hinaus sollten Finanzierungen verstetigt werden, um sie im Quartier kurzfristig und bedarfsorientiert in Form von Sozialraumbudgets einzusetzen. Das heißt, dass sie ohne lange Planung und Vorarbeit verwendet werden können und eine pauschale und raumbezogene Abrechnung anstelle einer Einzelfallabrechnung erlauben.
- D Die regionale Flüchtlingsarbeit sollte (stärker) in die lokale Gemeinwesenarbeit einbezogen bzw. mit dieser vernetzt werden. Hierfür müssen finanzielle und zeitliche Ressourcen bereitgestellt werden, mit denen Angebote und Aktivitäten für Geflüchtete besser vernetzt und unterstützt werden können.
- E Um die Infrastrukturlandschaft für alle zu öffnen, ist es wichtig, dass migrantisch gelesene Personen und Geflüchtete an öffentlich sichtbaren Orten und Positionen repräsentiert sind und in den sozialen Einrichtungen mehrsprachige Mitarbeiter_innen bzw. Dolmetscher_innen arbeiten. Hierfür sollten unter anderem Repräsentationsstrategien entwickelt und finanzielle Mittel bereitgestellt werden (siehe Handlungsempfehlung 2).

Good-Practice-Beispiele:

- Als Good-Practice-Beispiel für die Etablierung von Schnittstellen zwischen lokalen Institutionen und Zivilgesellschaft (3.3.A) kann das Projekt *Interkulturelle Brückenbauerinnen und Brückenbauer* in Stuttgart-Untertürkheim⁷ dienen. Durch den Einsatz engagierter Ehrenamtlicher wird hier eine inklusive Öffnung lokaler Infrastrukturen sowie eine niedrigschwellige Vernetzung zwischen lokalen Akteur_innen und Bewohner_innen erreicht. Die Brückenbauer_innen unterstützen zugezogene Familien im Stadtteil; sie bieten Antworten auf interkulturelle Fragestellungen, begleiten Eltern, die Hilfe bei der Erziehung oder Orientierung im deutschen Bildungssystem benötigen und entlasten Personen mit Sprachschwierigkeiten im Alltag und bei Behördengängen. Eltern, aber auch Fachkräfte in den Institutionen werden dabei mehrsprachig und kultursensibel unterstützt. Ein weiteres Anliegen des Projektes ist es, mithilfe der Engagierten bereits vorhandene Ressourcen des Stadtteils an (neue) Bewohner_innen heranzutragen.
- Ein weiteres Beispiel für gute Vernetzung ist das Projekt Kiezläufer_innen in Hamburg, in dem Jugendliche vom Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation e.V. ausgebildet und von lokalen Trägern betreut werden.⁸ Die jugendlichen Kiezläufer_innen fungieren als Ansprechpersonen für den Umgang mit Auseinandersetzungen zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im Quartier. Nach einer kostenfreien, praxisorientierten Ausbildung zu Themen wie selbstbewusstes Auftreten sowie Techniken der Mediation und konstruktiver Konfliktaustragung sind sie in kleinen Gruppen im Stadtteil unterwegs, um Konflikte zu deeskalieren und Handlungs-

⁷ www.wilhelmsschule.de/partner/brueckenbauer.pdf

⁸ <https://www.ikm-hamburg.de/projekte/kiezlauerferin>

alternativen aufzuzeigen. Sie schließen damit eine Lücke zu Jugendeinrichtungen mit begrenzten Öffnungszeiten und richten sich auch an Jugendliche, die Beratungsangebote des Stadtteils nicht von selbst wahrnehmen. Die Zusammensetzung der Kiezläufer_innen soll die Zielgruppe und damit die Vielfalt im Stadtviertel möglichst widerspiegeln. Damit dient das Projekt beispielhaft als Anstoß für Maßnahmen zur Sichtbarmachung von migrantisch gelesenen Personen und Geflüchteten im Stadtteil (3.3.E).

- Ein Beispiel für die Bereitstellung kurzfristiger finanzieller Mittel für Projekte lokaler Akteur_innen und Initiativen (3.3.B) ist der Projektfonds des House of Resources Berlin.⁹ Um sein Ziel, die Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchtbiografie, zu erreichen, unterstützt der Projektfonds Projekte, die die Integration fördern, das gegenseitige Verständnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen vertiefen und ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement aufweisen. Der Projektfonds ist niedrigschwellig gestaltet, um auch Akteur_innen mit wenig Erfahrung in der Akquise von Fördermitteln die Möglichkeit zur Umsetzung ihrer Projekte zu bieten. So erhalten alle Teilnehmenden zunächst eine umfassende Beratung sowie die Möglichkeit, sich mit anderen zu vernetzen.

4 WOHNUNGSMARKTÖFFNUNG

4.1 PROBLEMDEFINITION AUF GRUNDLAGE DER ERGEBNISSE

Neben den bereits diskutierten Aspekten wie den Unterstützungsstrukturen entscheiden lokale Wohnungsmarktdynamiken darüber, ob Geflüchtete in den Nachbarschaften langfristig ankommen und bleiben können.

In allen untersuchten Nachbarschaften empfinden Geflüchtete den Zugang zum Wohnungsmarkt als problematisch, jedoch zeigen sich unterschiedliche Dynamiken im Zusammenhang mit den lokalen Wohnungsmarktstrukturen: So sind insbesondere innerstädtische Wohnungsmärkte aufgrund hoher Mietpreise, anhaltender Mietsteigerungen und Gentrifizierung stark geschlossen. Geflüchtete sehen in diesen Nachbarschaften kaum eine Chance, eine Wohnung zu finden, auch wenn sie dort gerne bleiben würden, beispielsweise aufgrund von gut ausgebauten Unterstützungsstrukturen. Da insbesondere etablierte migrantische Innenstadtviertel in den letzten Jahren bis Jahrzehnten einer zunehmenden Gentrifizierung unterworfen waren, kommt es dazu, dass diese Viertel für neuere migrantische Gruppen kaum noch zugänglich sind. Sie ziehen daher zunehmend in Nachbarschaften, Städte und Regionen, in denen bisher wenige migrantische Strukturen existieren und sich andere sozioökonomisch benachteiligte Bewohner_innengruppen konzentrieren (Helbig/Jähnen 2018; El-Kayed et al. 2020).

In Dresden-Gorbitz beispielsweise konnten viele Geflüchtete seit 2015 eigene Wohnungen finden. Dort wird zwar die Unabhängigkeit geschätzt, die mit einer eigenen Wohnung einhergeht, doch berichten die Geflüchteten oft von Anfeindungen im Alltag und äußern den Wunsch, in einem Wohnumfeld zu wohnen, das weniger stark von Anfeindungen und Angriffen geprägt ist. Häufig werden jedoch kaum Chancen für einen Wohnortwechsel gesehen.

Auch die politische Steuerung von Fluchtmigration beeinflusst die Art und Weise, inwiefern Geflüchtete von bestimmten Wohnungsmarktdynamiken abhängig sind, wie das Beispiel Stuttgart-Untertürkheim zeigt. Geflüchtete würden dort gern in umliegende Gemeinden ziehen, sind aber aufgrund von Wohnsitzauflagen gezwungen, auf dem engen Stuttgarter Wohnungsmarkt nach einer Wohnung zu suchen.

⁹ <https://www.house-of-resources.berlin/>

Neben diesen Barrieren, die auf politischen Regelungen und Marktdynamiken basieren, existieren weitere Hürden auf dem Wohnungsmarkt: Es fehlt unter anderem an ausreichenden Informationen und Orientierungshilfen sowie an Begleitung und Schutz vor Diskriminierung. In einigen Städten haben sich zudem ausbeuterische Vermittlungsnetzwerke gebildet, die Geflüchteten für hohe Geldsummen den Zugang zum Wohnungsmarkt ermöglichen. Die Zugangshürden zu Wohnraum sind auch in Quartieren mit einem dichten Netz an Unterstützungsstrukturen schwierig zu überwinden.

4.2 EMPFEHLUNGEN UND HANDLUNGSBEDARFE

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse müssen auf mehreren Ebenen Zugangsbarrieren abgebaut werden: Auf dem Wohnungsmarkt muss die Wohnraumversorgung für alle garantiert werden, insbesondere für kleine und mittlere Einkommen sowie Sozialhilfebezieher_innen. Die effektive Nutzung vorhandener städtebaulicher Instrumente kann notwendig sein, um gegen die Verknappung und Verteuerung des Wohnraums aufgrund von Bodenspekulation und privaten Gewinninteressen vorgehen zu können. So sollte beispielsweise der soziale Wohnungsbau ohne zeitliche Bindungen ausgebaut werden.

Diskriminierende rechtliche Regelungen wie die Wohnsitzauflage, die das Recht auf Freizügigkeit beschränkt, müssen abgeschafft werden, da sie die Wohnungssuche oft extrem erschweren und sich negativ auf weitere Dimensionen wie die Integration in den Arbeitsmarkt auswirken können (vgl. Brücker/Hauptmann/Jaschke 2020).

Mit Blick auf Unterstützungsangebote für die Wohnungssuche und den Umgang mit Diskriminierung braucht es mehr Beratungsmöglichkeiten und effektive Unterstützungsstrategien sowie wirksame Antidiskriminierungsmaßnahmen.

4.3 MÖGLICHE MASSNAHMEN UND GOOD-PRACTICE-BEISPIELE

Um die Zugangsbarrieren zu Wohnraum zu überwinden, sind folgende Maßnahmen geeignet:

- A Schaffung bzw. Stärkung von Wohnungsberatungsangeboten für alle Bewohner_innen (inkl. Geflüchtete): Diese Angebote sollten sowohl Rechtsberatung gegen Betrug und hohe Mieten als auch Beratung und aktive Begleitung bei der Wohnungssuche und damit Schutz vor Diskriminierung bieten. Dafür wäre die Schaffung von lokalen Antidiskriminierungsstellen im Wohnbereich geeignet. Wenn alle Mieter_innen gemeinsame Anlaufstellen vorfinden und ihnen vermittelt wird, dass sie alle von der Wohnungskrise betroffen sind, kann dies potenziell auch das Zusammengehörigkeitsgefühl vor Ort stärken.
- B Stärkung von Inklusion und Zugänglichkeit bei kommunalen und genossenschaftlichen Träger_innen: Eine kommunale und gemeinwohlorientierte Stadtplanung kann durch inklusive Beteiligungsformate auch diejenigen anhören und einbeziehen, die normalerweise keine Stimme haben oder es nicht gewohnt sind, sich einzumischen. Bei der Gründung von Genossenschaften kann durch Auflagen zur Inklusion der Zugang für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden.
- C Besonderer Schutz postmigrantisch lebenswerter Stadtteile vor Gentrifizierung durch die Gesetzgebung, da diese für bestimmte Bevölkerungsgruppen sicherere Räume darstellen.
- D Entwicklung von neuen Modellen der Selbstverwaltung des Wohnens: Eine stärker genossenschaftlich und stadtteilbezogen orientierte Selbstverwaltung im Bereich Wohnen, wie schon modellhaft in einigen Schweizer und deutschen Städten erprobt, wird angeregt. Es ist nötig, Konzepte für (öffentliches) Eigentum zu entwickeln, etwa gemeinnützige Genossenschaften, Stiftungsmodelle und alternative Investor_innen, da gemeinschaftliches Wohnen und Leben nachbarschaftliche Praxen und Aushandlungen ermöglicht.

Good-Practice-Beispiele:

- Ein Beispiel für die Schaffung bzw. Stärkung von Wohnungsberatungsangeboten zum Schutz vor Diskriminierung (4.3.A) ist *Fair Mieten – Fair Wohnen. Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt*.¹⁰ Sie wird von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung finanziell gefördert und in Kooperation mit einem Stadtforschungsbüro und dem Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) betrieben. Sie ist Anlaufstelle für Bürger_innen, die bei der Bewerbung um eine Mietwohnung oder innerhalb ihres bestehenden Mietverhältnisses aufgrund ihrer (zugeschriebenen) Herkunft, Sprache, Religion, Geschlechteridentität, sexuellen Orientierung, Behinderung, ihres Alters oder sozialen Status (bzw. einer Kombination aus diesen) Diskriminierung erfahren. Die Fachstelle bietet einen geschützten Raum für Gespräche mit Betroffenen sowie Strategien zur Intervention und Bewältigung der Diskriminierungserfahrung, etwa die Formulierung einer Diskriminierungsbeschwerde oder den Beistand bei einem Gerichtsprozess.
- Ebenfalls aktive Unterstützung bei der Wohnungssuche bietet das Projekt *Wohnscouting – Begleitung bei der Wohnraumsuche für Geflüchtete* in der Trägerschaft des Vereins Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. in Berlin-Kreuzberg.¹¹ Hier werden zum einen Menschen mit Fluchterfahrung bei der Suche nach einer eigenen Wohnung sowie bei Fragen und Problemen im Vermietungsprozess unterstützt, etwa durch das gemeinsame Erstellen von Wohnungsbewerbungen sowie durch Workshops zum Umgang mit Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Zum anderen bietet das Projekt Beratung für Vermieter_innen und Wohnungseigentümer_innen an, die eine Wohnung oder ein Zimmer an Menschen mit Fluchterfahrung vermieten möchten. Das Projekt vermittelt potenzielle Mieter_innen und berät zum Beispiel bei Fragen zu Aufenthaltsstatus und Mietobergrenze.
- Ein weiteres Beispiel ist das Kontaktcafé für Geflüchtete im Alternativen Zentrum Conni in Dresden.¹² Schwerpunkte der Netzwerk- und Beratungsstelle sind die Hilfe bei der Wohnungssuche für Geflüchtete sowie Begleitung und Unterstützung nach Bezug der eigenen Wohnung. Nach fünfjähriger Arbeit musste das Kontaktcafé im Januar 2021 allerdings schließen, da keine weitere finanzielle Förderung durch das Sächsische Sozialministerium bewilligt wurde. Aktuelle Klient_innen können daher nur noch ehrenamtlich begleitet werden.

10 <https://fairmieten-fairwohnen.de>

11 <http://wohnscouting.de>

12 <https://azconni.de/kontaktcafe>

LITERATURVERZEICHNIS / REFERENCES

Brücker, Herbert / Hauptmann, Andreas / Jaschke, Philipp (2020): Beschränkungen der Wohnortwahl für anerkannte Geflüchtete. Wohnsitzauflagen reduzieren die Chance auf Arbeitsmarktintegration. IAB-Kurzbericht 3/2020, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. <http://doku.iab.de/kurzber/2020/kb0320.pdf> (letzter Zugriff am 23.2.2021).

Caritas (2021): Sozialraumorientierung. Praxisorientierte Anregungen zum Fachkonzept. Online-Broschüre. https://www.caritas-dicvhildesheim.de/cms/contents/caritas-dicvhildesheim/medien/dokumente/ueber-uns/sozialraumorientierung/broschuere_sro_dicv.pdf?d=a&f=pdf (letzter Zugriff am 27.04.2021).

El-Kayed, Nihad / Bernt, Matthias / Hamann, Ulrike / Pilz, Madlen (2020): Peripheral estates as arrival spaces? Conceptualising research on arrival functions of new immigrant destinations. In: Yvonne Franz / Heike Hanhörster (Hg.), Urban arrival spaces. Social co-existence in times of changing mobilities and local diversity, Special Issue, Urban Planning 5/3, 103-114.

Hamann, Ulrike / Kaltenborn, Sandy / Kotti & Co. (Hg.) (2015): Und deswegen sind wir hier: Kotti & Co. Leipzig: Spector Books.

Heitmeyer, Wilhelm (2011) (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp

Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten, WZB Discussion Paper P 2018–001. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf> (letzter Zugriff am 25.8.2020).

Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie (2019): Wo findet „Integration“ statt? Die sozialräumliche Verteilung von Zuwanderern in den deutschen Städten zwischen 2014 und 2017, WZB Discussion Paper P 2019–003. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2019/p19-003.pdf> (letzter Zugriff am 25.8.2020).

Pettigrew, Thomas F. (1998): Intergroup contact theory. In: Annual Review of Psychology 49/1, 65–85.

Recht auf Stadt (2016): Migration findet Stadt. Gegen die Hysterie – Für eine andere Planung. <http://www.rechtaufstadt.net/migration-findet-stadt/> (letzter Zugriff am 27.04.2021).

Scheer, Lisa (2016): Kotti & Co. Ein Beispiel neuer Protestformen als Antwort auf neue Formen der Verdrängung. In: Ilse Helbrecht (Hg.), Gentrifizierung in Berlin. Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien. Bielefeld: transcript, 15–183.



BIM

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung